



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Kein weiterer Flughafenausbau - Moratorium jetzt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Seit dem 16. November 2020 befinden sich die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben „Ausbau des Verkehrsflughafens Leipzig/Halle, Start- und Landebahn Süd mit Vorfeld“ - 15. Planänderung in der öffentlichen Auslegung, die aufgrund der Pandemie-Situation nicht vollumfänglich erfüllt ist.
2. Mit dem Ausbauvorhaben wird der Flugverkehr im Frachtbereich um mehr als 50 Prozent ansteigen. Ein Großteil davon soll in der Nacht abgewickelt werden. Dadurch werden innerhalb der bisherigen nächtlichen Flugzeitenfenster die Flugzeuge in noch engerer Taktung ankommen und abfliegen. Dies führt zu einer erheblich höheren Lärm- und Umweltbelastung und führt vor allem zu häufigeren und längeren Aufwachreaktionen der Anwohner*innen.
3. Der Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle und die damit verbundene Zunahme des Flugverkehrs sind nicht zeitgemäß und widersprechen allen Bemühungen zur Reduzierung von Treibhausgasen, den im Klima- und Energiekonzept des Landes formulierten Klimaschutzziele und der in der Region im Zusammenhang mit dem Strukturwandel geplanten wirtschaftlichen Entwicklung hin zu nachhaltigen Arbeitsplätzen.
4. Neben den bisherigen Investitionen von ca. 529 Millionen Euro wurden die Betriebsverluste im Zeitraum von 2005 bis 2014 für den Flughafen mit 570 Millionen Euro aus Steuermitteln subventioniert. Hinzu kommen Klimafolgekosten von 180 Euro pro Tonne CO₂. Dieses Geld wird den öffentlichen Haushalten für ökologisch verträgliche und gemeinwohlfördernde wirtschaftliche Tätigkeiten entzogen.

(Ausgegeben am 03.03.2021)

5. Das mit 32 Millionen Euro erbaute Bahnterminal der DB Cargo auf dem Gelände des Flughafens, unmittelbar am DHL Hub gelegen, wird von der DHL bisher nicht genutzt.

Der Landtag fordert:

1. ein sofortiges Moratorium für das Vorhaben zum Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle,
2. die Einbindung des DB Cargo Frachtbahnhofes in das Transportkonzept und eine vollständige Verlagerung des Frachtflugverkehrs innerhalb von Deutschland und Europa auf die Schiene,
3. ein Nachtflugverbot, um zehntausenden Anwohner*innen erholsamen und gesunden Schlaf zu gewährleisten sowie die Mitarbeiter*innen am Flughafen von dauerhafter Nachtarbeit zu entlasten,
4. ein Ende der militärischen Nutzung des Flughafens.

Begründung

Mit dem Antrag Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben „Ausbau des Verkehrsflughafens Leipzig/Halle, Start- und Landebahn Süd mit Vorfeld“ - 15. Planänderung soll der Frachtflugverkehr massiv ausgebaut werden. Starts und Landungen sollen um über 50 Prozent ansteigen, der größte Teil davon in der Nachtzeit. Laut Planfeststellungsverfahren werden die Starts und Landungen von 79.000 im Jahr 2018 auf 118.000 im Jahr 2032 ansteigen. Dies hat tiefgreifende gesundheitliche Auswirkungen und Umweltfolgen. Mit der Schaffung von wenigen, zudem weder zeitgemäßen noch nachhaltigen Arbeitsplätzen, lassen sich diese Expansionspläne nicht rechtfertigen. Der Ausbau im Luftverkehr, der den Klimawandel weiter beschleunigen wird, steht in diametralem Gegensatz zu allen Bemühungen, Treibhausgase zu reduzieren und den Klimawandel aufzuhalten.

Laut Wirtschaftsmagazin „Capital“ (Ausgabe 10/2016) beliefen sich die Betriebsverluste der deutschen Regionalflughäfen im Zeitraum 2005 bis 2014 auf 1,3 Milliarden Euro. Auf den Flughafen Leipzig/Halle - als größten Verlustbringer - entfielen davon 570 Millionen Euro. Die bisherigen Investitionen in die Flughafeninfrastruktur in Höhe von 529 Millionen Euro wurden durch Gesellschaftereinlagen der am Flughafen beteiligten Bundesländer, Städte und Landkreise und damit mit Steuergeldern finanziert.

Das Umweltbundesamt rechnet zusätzlich mit 180 Euro Klimafolgekosten pro Tonne CO₂. Statt öffentlicher Subventionierung des Luftverkehrs bedarf es ökologisch verträglicher und dem Gemeinwohl förderlicher Ansätze. Eine nachhaltige Alternative wäre eine regionale Kreislaufwirtschaft mit standortnahe Gewerbe und verkürzten Lieferketten. Arbeitsplätze müssen in gesellschaftlich relevanten und zukunftsweisenden Bereichen geschaffen werden (Gesundheit und Soziales, Erneuerbare Energien, Wassermanagement, Recycling etc.).

Der Frachtverkehr innerhalb Deutschlands und der EU muss auf die Schiene verlagert werden. Ein Teil der dafür benötigten Infrastruktur besteht bereits in Form des mit 32 Millionen Euro erbauten und bisher nicht für den Frachtverkehr genutzten Frachtbahnhofes direkt am DHL Hub.

Für die Gesundheit der Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen des Flughafens fordern wir ein Nachtflugverbot. Eine stichhaltige Begründung für den Nachtflugverkehr und dessen weiteren Ausbau gibt es nicht. Dagegen haben die Verantwortlichen am vormaligen DHL-Standort in Brüssel gerade zum Schutz ihrer Bevölkerung dieses Nachtflugverbot durchgesetzt. Die Maßnahmen der Mitteldeutschen Flughafen AG zum passiven Lärmschutz sind völlig unzureichend und letztendlich bleiben die Anwohner*innen auf den Kosten für die Wartung und den Betrieb der Lüftungsanlagen sitzen. Für eine ungestörte Nachtruhe sorgen sie indes nicht. Die Lebensqualität der Anwohner*innen wird somit massiv eingeschränkt.

Ebenso ist die militärische Nutzung des Flughafens von der Mitteldeutschen Flughafen AG und damit den öffentlichen Eigentümern aus Landkreis, Kommunen und den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt, zu beenden.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender